



Antrag auf Gewährung einer Landesbürgerschaft durch den Freistaat Thüringen

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Bahnhofstraße 38
99084 Erfurt

(Der Einfachheit halber wird im Folgenden für Personenbezeichnungen das generische Maskulinum verwendet, das Frauen gleichermaßen einschließt.)

Ich/Wir beantrage(n) die Übernahme einer Bürgerschaft des Freistaats Thüringen nach Maßgabe der „Richtlinie für die Übernahme von Bürgerschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe“ für folgende(n) von mir/uns bei

(Kreditgeber)

aufzunehmende(n) Kredit(e) in Höhe von

(EURO)

1. Angaben des Antragstellers:

Name / Firma:		
Ansprechpartner:		
PLZ:	Ort:	Straße, Hausnummer:
Telefon:	Fax:	E-Mail:

2. Angaben zum Unternehmen:

Rechtsform:	Gründungsdatum:
Handelsregistereintragung:	Branchenschlüssel nach NACE-Code:
Genaue Bezeichnung der Branche:	
Gegenstand des Unternehmens:	
Berufsständische Vertretung:	

3. Inhaber/Gesellschafter:

Name, Vorname, Anschrift bzw. Firma	Geburts- bzw. Grün- dungsdatum	Ehelicher Güterstand bzw. Handelsregister	Rechtsstellung im Unternehmen, Höhe der Beteiligung, Datum der Beteiligungsübernahme

4. Geschäftsleitung:

Name, Vorname	Geburts- datum	Rechtsstellung im Unternehmen	Verantwortungsbereich

Prokura (Name, Vorname):

5. Anzahl der vollbeschäftigten Arbeitnehmer:

(Teilzeitbeschäftigte sind in Vollzeit-Einheiten umzurechnen)

	letztes Geschäftsjahr	bei Antrag- stellung	nach Abschluss des Vorhabens (Planung)
Gesamtzahl der Beschäftigten (ohne Auszubildende):			
davon männlich:			
davon weiblich:			
davon produktive Mitarbeiter:			
davon in der Verwaltung tätige Mitarbeiter:			
Auszubildende:			
Leih-Arbeitnehmer:			

6. Beschreibung und Begründung des Vorhabens:

(inkl. Angaben zu Beginn, Abschluss und Standort des Vorhabens)

Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen.

7. Mittelverwendung und Finanzierung:

Mittelverwendung in EUR	Finanzierung in EUR
Grundstück	Eigenmittel/Eigenleistungen
Bauliche Investitionen	Investitionszuschüsse
Maschinen und Einrichtungen	<u>unverbürgte Darlehen:</u>
Immaterielle Wirtschaftsgüter	Programmkredite
erstes Warenlager	Bankdarlehen
Anlaufkosten	<u>verbürgte Darlehen:</u>
Betriebsmittel	Programmkredite
Erwerb von Geschäftsanteilen	Bankdarlehen
Sonstige	
Gesamt:	Gesamt:

8. a) **Sind bei dem Antragsteller, dessen Gesellschaftern oder gesetzlichen Vertretern oder bei Unternehmen, an denen diese mehrheitlich beteiligt waren, Zwangsmaßnahmen, wie eidesstattliche Versicherungen nach § 807 ZPO, Insolvenzverfahren oder Wechsel- oder Scheckproteste in den letzten 10 Jahren vorgekommen (ggf. wann) bzw. aktuell anhängig?**

Nein Ja*

- b) **Ist/Sind der Antragsteller oder dessen Gesellschafter Kläger oder Beklagte in schwebenden Rechtsstreitigkeiten und Prozessen oder sind solche für sie zu erwarten? Muss nach vorsichtigem Ermessen mit Ihrer Inanspruchnahme gerechnet werden?**

Nein Ja*

- c) **Ist in den letzten 5 Jahren ein Steuerstrafverfahren und/oder ein Verfahren wegen einer Wirtschaftsstraftat gegen die Gesellschafter, die gesetzlichen Vertreter des Unternehmens sowie gegen die Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartner der Gesellschafter sowie gesetzlichen Vertreter eingeleitet oder abgeschlossen worden?**

Nein Ja*

- d) **Bestehen Beitragsrückstände im Sozialbereich (ggf. Art und Höhe)?**

Nein Ja*

- e) **Liegen zurzeit bei öffentlichen Stellen weitere Anträge auf Darlehen, Bürgschaften oder Zuschüsse vor bzw. ist beabsichtigt, demnächst solche Anträge zu stellen (wenn ja, bei welcher Stelle, in welcher Höhe, für welchen Zweck)?**

Nein Ja*

- f) **Liegt gegen den Antragsteller bzw. das begünstigte Unternehmen ein Rückforderungsbescheid eines Beihilfegebers vor?**

Nein Ja*

* Erläuterungen bitte in einer Anlage beifügen.

- Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und sich aus den Anlagen ergebenden Angaben.
- Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, Sie jeweils unverzüglich zu unterrichten, wenn sich bis zur Aushändigung der Bürgschaftsurkunde Änderungen bezüglich der im Antrag und nachträglich dazu gemachten Angaben ergeben.
- Die Verpflichtungen gemäß den „Allgemeinen Bestimmungen für Thüringer Landesbürgschaften“ und die unter Nr. 15 der „Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der Wirtschaft und der freien Berufe“ genannte Kostenregelung werden von uns anerkannt.

- Das einmalige Antragsentgelt in Höhe von 0,5 v. H. des beantragten Bürgschaftsbetrages, (mindestens EURO 15.000 und höchstens EURO 60.000) das sind EURO _____, haben wir auf das Konto der PricewaterhouseCoopers GmbH bei der Commerzbank Erfurt (IBAN: DE89 8204 0000 0100 3839 00; BIC: COBADEFFXXX) überwiesen.
- Landesbürgschaften sind Subventionen des Landes. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die in diesem Antrag und in den zugehörigen Anlagen angegebenen sowie auch die nachträglich vorzubringenden Tatsachen subventionserheblich i. S. d. § 264 StGB sind.
- Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Mir/uns sind weiterhin die nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16. Dezember 1996 i. V. m § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. Alle Änderungen zu den Angaben im Antrag und den nachträglich gemachten Angaben sind unverzüglich anzuzeigen.
- Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gemäß § 30 der Abgabenordnung gegenüber den mit dem Bürgschaftsverfahren bzw. mit der Verwaltung von Regressforderungen aus dem Bürgschaftsengagement befassten Stellen. Die Befreiung gilt bis zum Abschluss des Bürgschaftsverfahrens nach Erlöschen sämtlicher Forderungen aus der Bürgschaftsinanspruchnahme.
- Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns, dem Finanzministerium und dem zuständigen Fachministerium des Freistaats Thüringen sowie den von ihnen beauftragten Stellen alle zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- Mir/Uns ist bekannt, dass bei Gewährung einer Bürgschaft auf Basis einer Genehmigung durch die Europäische Kommission oder auf Basis der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) Informationen über jede Einzelbeihilfe von über EURO 500.000,00 gemäß Mitteilung der Kommission 2014/C 198/02 (ABl. C 198/30 vom 27.06.2014) bzw. gemäß Art. 9 Buchstabe c der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Webseite veröffentlicht werden.
- Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzinformationen nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung für die PwC sowie für das Thüringer Finanzministerium online (siehe nachfolgende Links) oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurden.

- Datenschutzinformation PwC



- Datenschutzinformation des Thüringer Finanzministeriums



Ort, Datum

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller)

Anlagen

- Anlage 1 – Stellungnahme des Kreditgebers
- Anlage 2 – Übersicht über einzureichende Unterlagen
- Anlage 3 – De-minimis-Erklärung